



**"Immer dann,  
wenn die Gleichwertigkeit  
aller Menschen  
bestritten wird..."**

Dresden hat ein Problem mit extremen Rechten. Das stellten heute in einer gemeinsamen Erklärung Grüne, SPD, LINKE, Fraktionslose und - überraschend - FDP fest. In dieser Gemeinsamkeit liegt ein Erfolg.

Ein Auszug aus dem gemeinsamen Text:  
"Neofaschistisches, neonazistisches und rechtsextremes politisches Denken und Handeln [stehen] außerhalb unserer Gesellschaft und bedrohen diese. Diese Bedrohung gilt es abzuwenden und zu bekämpfen."

Allerdings fanden sich im Kompromiss zur gemeinsamen Erklärung unter anderem folgende, durch uns vorgeschlagene Textstellen nicht wieder. Sie sind uns wichtig und sollen hier nicht unerwähnt bleiben: "Dresden soll eine Stadt mit einer Versammlungsbehörde sein, die den zivilgesellschaftlichen Protest gegen rechtes und menschenrechtsverachten-

des Demonstrationsgeschehen nicht durch unverhältnismäßige Reglementierung ausbremst und Holocaustleugner\*innen keinen Platz im Versammlungsgeschehen einräumt."

"Mit der verstärkten Hinwendung zu unseren Gemeingütern, der Verantwortungsübernahme für die öffentliche, kommunale Infrastruktur, auch durch Re-Kommunalisierungen, gewinnen wir das Vertrauen der Dresdnerinnen und Dresdner zurück, die heute glauben, extreme Rechte und Antidemokraten hätten Antworten auf die Herausforderungen unserer modernen, digitalen und globalen Gesellschaft."

## VERKEHR

### Ende eines Schildbürgerstreichs

**W**ir erinnern uns: Die Beschlussfassung zur Verhinderung der Radstreifen entlang der Albertstraße auf der Grundlage eines Antrages von CDU, FDP/Freie Bürger und Bürgerfraktion Anfang des Jahres war ein Schildbürgerstreich. Verteidigt wurden vier Fahrspuren, die dem Autoverkehr nichts nutzen und verhindert wurde die notwendige Anordnung von Radverkehrsanlagen entlang einer wichtigen Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr. Diese hatte sich schon in der Umsetzung befunden, die entsprechende Ausschreibung bereits beendet. Heute nun ein neuer Anlauf für die Radwege. Da am 31.10. die Fristen für Fördermittelanträge für derartige Radverkehrsanlagen auslaufen, musste die Fehlentscheidung von Anfang des Jahres heute korrigiert werden. **Tilo Wirtz** in der Debatte: "Nehmen Sie sich mal ein Fahrrad und fahren Sie auf der Carolabrücke in der Hauptverkehrszeit. So wie Sie da von einigen Autofahrern behandelt werden, müsste man diesen eigentlich den Führerschein entziehen. Auf dem Blauen Wunder kann man das auch erleben. Die Albertstraße ist kein Ort für ideologische Prestigekämpfe, sondern einer, an dem es dringender Verbesserung hinsichtlich der Sicherheit für Fahrradfahrer braucht. Und darum geht es heute." Der Stadtrat folgte den Argumenten. Die Radstreifen auf der Albertstraße können kommen.

